

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Dieser Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VI.: 2250. Geschäftsstellen: Albrechtstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 156

Dienstag, den 7. Juli 1936

88. Jahrgang

Englische Gegenvorschläge in Montreux Freie Durchfahrt durch die Dardanellen für alle Kriegsschiffe

Die englische Abordnung auf der Meerengen-Konferenz hat anlässlich des Beginns des zweiten Konferenzabschnittes eine „Neufassung“ des türkischen Abkommensentwurfes vorgelegt. Diese Neufassung hat in den entscheidenden Bestimmungen, vor allem hinsichtlich des Durchfahrtsrechtes für Kriegsschiffe und des Kräfteverhältnisses der Flotten im Schwarzen Meer den Charakter eines Gegenvorschlages.

Danach soll die Internationale Meerengen-Kommission zur Überwachung der neuen Durchfahrtsbestimmungen beibehalten werden. Die Durchfahrt von Kriegsschiffen mit Ausnahme der Unterseeboote soll für alle Länder, ob sie Uferstaaten des Schwarzen Meeres sind oder nicht, vollständig frei sein.

Wiederzusammentritt der Meerengenkonferenz

Die Meerengenkonferenz ist nach zehntägiger Unterbrechung am Montag nachmittag wiederum zu einer Vollziehung zusammengesessen. Nachdem der rumänische Delegierte Gombelcu als Vorsitzender des technischen Ausschusses über die in der Zwischenzeit geleistete Arbeit berichtet hatte, teilte der Konferenzpräsident mit, daß die englische Abordnung einen Abkommensentwurf zur Abänderung des türkischen Entwurfes vom 22. Juni eingereicht habe.

Der englische Delegierte Lord Stanley erklärte hierzu, daß der englische Entwurf keinen neuen Vorschlag bedeute. Er sei das Ergebnis einer Umgestaltung des türkischen Abkommensentwurfes unter Berücksichtigung der Punkte über die auf der Konferenz eine vorläufige Einigung erzielt worden sei. Die Konferenz beschloß nach längerem Meinungsaustausch, den Text im Zusammenhang mit dem türkischen Entwurf zu prüfen.

Hierauf wurden die Artikel 1 bis 6, die sich auf die auch früher unbeschränkt gewesene Frage der Durchfahrt der Handelsschiffe in Friedenszeiten beziehen, durchgesprochen und im wesentlichen angenommen. Die nächste Sitzung der Konferenz findet Dienstag vormittag statt.

Einer Meinungsverschiedenheit, die unter den Konferenzteilnehmern zu Tage getreten ist, aber in der Montagigung noch keine Rolle gespielt hat, bezieht sich auf die Umstände, unter denen eine Neuregelung in Kraft treten soll. Nach türkischer Auffassung würde die Zustimmung der gegenwärtig auf der Konferenz vertretenen Mächte genügen, während die englische Abordnung auf die Beteiligung Italiens Wert legt.

Bezüglich einer Teilnahme Italiens an den Arbeiten der Meerengenkonferenz wurde am Montag abend bekannt, daß die italienische Regierung beschlossen habe, keine Abordnung nach Montreux zu entsenden. Obwohl ein Grund für diese Absage offiziell nicht angegeben wurde, nimmt man doch an, daß sie auf das Fortbestehen der von England mit den Mittelmeerländern abgeschlossenen Hilfeleistungsabkommen zurückzuführen sei.

wesende Weltpresse scheint sich der Situation gegenüber wenig würdig gezeigt zu haben, aber an dem, woran jetzt in Genf öffentlich gerührt worden ist, wird auch sie nicht mehr vorübergehen können, denn diese Forderungen, nun einmal laut und deutlich ausgesprochen, werden nicht mehr verstummen. Sie erfordern eine Antwort.“

Fragen an Eden

Auf Unterhausanfragen wegen der Lage in Danzig, die zum Teil wissen wollten, ob ibrendwelche „revolutionären Schritte“ von der nationalsozialistischen Partei Danzigs ergriffen worden wären, beschränkte sich Eden auf die Feststellung, daß der Bericht des Kommissars vom Völkerbund behandelt worden und ein Ausschuss eingesetzt sei. Der konservative Abgeordnete Sandys fragte, ob er es nicht für zweckmäßig halte, um die Wünsche der Bevölkerung Danzigs in bezug auf ihren künftigen Status festzustellen. Eden erwiderte, daß die Angelegenheit verträglich geregelt sei und daß die beiden hauptbetroffenen Mächte Polen und Deutschland seien. Auf eine Frage Daltons bestätigte Eden sodann, daß er in enger Verbindung mit der polnischen Regierung in dieser Frage handle.

Danzig gegen Einmischung

Ablehnung jeder innerpolitischen Diskussion in Genf

Während des Rückfluges von Genf gewährte Senatspräsident Greiser dem Danziger Vertreter des „Völkischen Beobachters“ eine Unterredung, in der auf die wesentlichsten Fragen eingegangen wurde, die nach dem Verlauf der Genfer Ratstagung im Zusammenhang mit dem Auftreten Greisers aufgeworfen sind.

Frage: Ein Teil der Auslandspresse hat in bewusster Verkennung der Zusammenhänge Ihrer Rede in Genf Mutmaßungen vorgebracht, als ob zwecks Beseitigung des Danziger Statuts eine gewaltsame Aktion geplant sei. Sind Sie in der Lage, hierzu eine Erklärung abzugeben?

Antwort: Mir ist diese Stimmungsmache in Genf bekannt geworden. Ich bin sogar zu meiner großen Überraschung während meines kurzen dortigen Aufenthaltes mehrere Male von englischen Zeitungen aus London angerufen worden, welche von mir die Bestätigung haben wollten, daß 6000 reichsdeutsche Soldaten in der Nacht zum Sonntag in Danzig einmarschieren würden.

Ich habe über diese Erfindungen gelacht, weil ich wußte, daß man in Genf aus Gründen der Ablehnung Senfationen gebraucht.

Mein Auftreten in Genf entsprang dem Anlaß, auf Aufforderung des Völkerbundsrates Danzigs Interessen dort zu vertreten. Vor meiner Abreise wußte ich noch gar nicht, wie der Inhalt des Berichts aussah, zu dem ich dann Stellung genommen habe.

Frage: Werden Sie auf eine Revision des bisherigen Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund bestehen?

Antwort: Nachdem durch die Tätigkeit des jetzigen Kommissars, welcher weiter nichts tat, als zu versuchen, sich in die innere Politik eines souveränen Staates einzumischen, sich ein unerträglicher Zustand entwickelt hat, werde ich mich dafür einsetzen, daß dieser nicht nur mit zeitlicher Begrenzung, sondern für alle Zeit überwunden wird.

Frage: Wird Danzig künftig an einer Diskussion im Völkerbund teilnehmen und auf Aufforderung erscheinen, wenn in Genf innenpolitische Danziger Vorgänge behandelt werden sollen?

Antwort: Sollten in Zukunft noch einmal rein innenpolitische Vorgänge vor dem Forum des Völker-

bundes erörtert werden, so wird die Freie Stadt Danzig es ablehnen, an einer solchen Diskussion teilzunehmen. Bei allen anderen Angelegenheiten, die die Freie Stadt interessieren, wird sie jede Möglichkeit wahrnehmen, eingeschaltet zu werden.

Frage: Glauben Sie, daß ein abgeändertes Verhältnis Danzigs zum Völkerbund Störungsmomente für die deutsch-polnischen Beziehungen enthalten könnte?

Antwort: Ich befürchte das keineswegs, sondern bin im Gegenteil fest davon überzeugt, daß Danzig dann einen noch größeren Beitrag als bisher zu leisten imstande sein wird, das gute deutsch-polnische Verhältnis zu befestigen.

„Eine befreiende Tat“

Die Ausführungen des Danziger Senatspräsidenten Greiser in Genf haben in der Danziger Presse starken Widerhall gefunden. Die nationalsozialistische und die bürgerliche Presse geben den spontanen Empfindungen der Danziger Bevölkerung Ausdruck, wenn sie Greisers Vorstoß als eine befreiende Tat gegenüber einem unerträglich gewordenen Zustand kennzeichnen. Das amtliche Organ der Danziger NSDAP, der „Danziger Vorposten“, schreibt u. a.:

„Greisers Vorstoß in Genf ist nicht von ungefähr gekommen, sondern ist zu verstehen als der zwar leidenschaftliche, aber zielklare Anfang eines festumrissenen neuen Weges, den man einzuschlagen gezwungen war, nachdem der bisherige zu große Anforderungen an die Lammesgeduld der Danziger Regierung stellte. Der Zeitungsausschlag Gauleiter Forsters mit dem massiven Angriff gegen Vester kündete unmissverständlich an, daß der NSDAP nach einer Zeit starker Zurückhaltung zuletzt doch der Geduldssaden gerissen war. Danzig hat von sich aus den Vorstoß zur Revision einer Lage gemacht, die bei aller formalen Fundierung schier unendliche Komplikationen für die rechtmäßige Regierung brachte und das Prestige und die Autorität der Führung eines souveränen Staates immer mehr aufstak.“

Die bürgerlichen „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreiben u. a.: „Die Worte des Danziger Senatspräsidenten mögen Genf unbehaglich gewesen sein, und die an-

Sanktionschluß am 15. Juli

Aufhebung auf englischen Antrag beschlossen.

Genf, 7. Juli. Die Sanktionskonferenz, der mit Ausnahme Italiens und Abessinien alle Mitglieder des Völkerbundes angehören, ist am Montag zusammengesessen, um auf Grund der grundsätzlichen Entscheidung der Völkerbundsversammlung vom vorigen Sonnabend die Aufhebung der Sanktionen gegen Italien zu beschließen. Auf Antrag der englischen Regierung hat die Konferenz beschlossen, daß die Sanktionen gegen Italien am 15. Juli von allen Staaten aufgehoben werden.

In der Aussprache teilte der Vertreter Polens mit, daß Polen aus eigener Machtvollkommenheit die Sanktionen bereits aufgehoben habe und sich infolgedessen bei der Abstimmung enthalten werde. Der Vertreter Spaniens benutzte die Gelegenheit, um in einer formalrechtlichen Erwiderung auf die Ausführungen des polnischen Vertreters den kollektiven und gleichzeitigen Charakter der Sanktionen zu betonen. In der Aussprache schlossen sich die Vertreter Englands und Frankreichs diesen Ausführungen des spanischen Vertreters an. Der Vertreter Chinas betonte ausdrücklich, daß die Zustimmung der chinesischen Regierung zur Aufhebung der Sanktionen nicht auch eine Anerkennung der territorialen Entscheidungen bedeute.

Alles Moskau zuliebe

Paris gibt seine Militärgeheimnisse preis.

Wieweit die militärische Zusammenarbeit zwischen Paris und Moskau bereits gediehen ist, beweist eine parlamentarische Anfrage des Rechtsabgeordneten de Kerillis an den Luftfahrtminister Pierre Cot wegen Ueberlassung militärischer Pläne an die sowjetrussische Armee.

Danach soll am 23. Juni Pierre Cot dem Generalstab der Luftwaffe Anweisung gegeben haben, die Zeichnungen und ein Muster der Flugzeugkanone 23, die durch den Propeller hindurchschießt, der Sowjetregierung zu übermitteln. Außerdem soll er der Sowjetarmee den Maschinengewehrturm „Alcan“ zur Verfügung gestellt haben. Die Flugzeugkanone 23 sei nicht nur ein wahres Meisterwerk des französischen Erfindungsgeistes, sondern auch das einzige überlegene Material, über das Frankreich in seinem Luftfahrtsystem gegenwärtig verfüge.

Pierre Cot werde vielleicht antworten, daß Frankreich und Sowjetrußland militärisch verbündet seien und daß Frankreich daher ein Interesse daran habe, Sowjetrußland an den französischen Erfindungen teilnehmen zu lassen. Trotzdem aber dürften die wertvollsten Geheimnisse der französischen Landesverteidigung nicht ausgeliefert werden.

